

Vossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3667.
für den 4. März Markt-Amt Dönhofs 3686-3698. Telegramm-Adresse:
Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 666. Wöchentlich 1 Mark.
Monatlich 4.30 Mark. Bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellsold

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch.
Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile
20 Pfennig. Preis für Aufnahmen: eine bestimmte Anzahl Zeilen.
Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-24

15 Pf. ^{Annahme} [20 Pf.] • Nr 130 • A 66

MITTWOCH, 18. MÄRZ 1931

MORGEN-AUSGABE • V

Brünnings Ruf zur Selbsthilfe

Appell an das Handwerk

Der zweitausend Obermeister Berlins und der Markt erschien gestern Reichstagsler Brünning und hielt aus dem Stages ein überaus wirksame, packende, lebendige Rede.

„Unendlich viel hat, sagte er, ist durch die übermäßige Rationalisierung im Wirtschaftskreis gestiegen worden. Durch sie sind lebensfähige Existenzen vernichtet und aus dem Produktionsprozess ausgelassen worden.“

Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, der auch schon von ihren Vorgängern immer wieder zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Reparationen auf die Dauer untragbar sind. Man kann aber erst an eine Revision der Reparationsleistungen herantreten, wenn es gelungen ist, das eigene Land in Ordnung zu bringen. Um dies zu erreichen, muß eine offene und ehrliche Politik getrieben werden.

Es ist nicht Aufgabe einer Regierung, sich populär zu machen, sondern Verantwortung zu tragen. Auch wenn wir heute viele Reparationen mehr zu zahlen hätten, wären wir zu genau so schmerzenden Maßnahmen gezwungen wie jetzt. Man hat in Lauchhahn in Zeiten der Hochkonjunktur den schweren Fehler gemacht, viel Geld in die öffentliche Hand zu stecken, die mit diesem Mitteln alles andere, nur keine planmäßige Wirtschaftspolitik betreiben hat. Der Erfolg zeigt, wie heute dazu, daß keine Mittel zur Entspannung vorhanden sind. Oberstes Gesetz für die Zukunft ist daher: mehr planmäßigkeit in der öffentlichen Wirtschaft! Nur so wird es möglich, daß künftig eine bestimmte Menge öffentlicher Aufträge der Wirtschaft zur Verfügung stehen kann. Einer der traktierten Möglichkeiten war es, bereits auf Vorauszahlungsmittel für das Jahr 1933 vorzugreifen, mit dem Ergebnis, daß heute nicht nur die Staaten aus der damaligen Zeit umgehört sind, sondern daß für die nächste Zeit kein Geld vorhanden ist zur Behebung des Baumarktes.

Grade die Kommunen haben weit ihre Verhältnisse geliebt. Man versteht, daß in der heutigen Zeit ein Oberbürgermeister sich nicht durch glänzende Bauten der Nachwelt überliefern kann. Sobald sie möglich — wobei das „ab“ immer noch in einiger Ferne liegt — muß auch die Sanierungsarbeit geregelt werden.

da sie in den Steuern gebiert, die alle Teile der Bevölkerung gleichmäßig schwer belasten. Aus alle Fälle muß aber diese Regelung noch vor der Zeit stattfinden, in der die Hausbesitzer zahlungsunfähig werden und allerlei Vorteile mehr von einer Ermäßigung dieser Steuer haben können.

Schließlich muß damit aufgehoben, aus einem Teil der Bevölkerung Steuern herauszupressen, um damit öffentliche Betriebe ins Leben zu rufen, die denen Konkurrenz machen, die sie eigentlich bezahlt haben. Denn das führt hart an die Grenze dessen, was man noch als moralisch hinstellen kann.

Wenn es gelungen ist, durch die Annahme bei den Reichsregierung vorgeschlagene Besätze die Kaufkraft des Reiches nicht nur für dieses Jahr, sondern auch weitere Zeit hinaus zu sichern, müssen wir uns noch neuen Auswandretdritten ansehen, mit denen die Wirtschaft planmäßig finanziert werden kann. Die Möglichkeit, diese Auswandretdritte zu bekommen, muß aber erst durch den Reichstag geschaffen werden. Diese Schritte müssen in der Hauptsache auf einer Senkung der Zinssätzen verwendet werden. Es ist eine Möglichkeit, heute für Kleinanleger den Zinssatz zu begrenzen, die 170 bis 180 Prozent der Kriegsschulden betragen.

Stück in unserer Handelskrisenpolitik muß eine aufsehenswerte Maßnahme einleiten. Man kann nicht auf die Dauer dieses Zinses die Zahlungsmittel zu versetzen, daß sie für Konsumten nicht mehr bezogen kann. Die unangenehme Folge wird sein, daß trotz jähren eines Zinses die Preise so weit sinken, bis sie für den Verbraucher erschwinglich sind.

Zu begreifen ist, daß in der früheren Zeit sich das deutsche Handwerk nicht aufgegeben hat, sondern auch aus eigener Kraft den Schmierigkeiten entgegen will. Das Handwerk hat dabei einen besonders schweren Stand, weil es vielfach bei dem Minimum der Preise angelangt ist. Solchen Streben, durch Selbsthilfe wieder in die Höhe zu kommen, ohne sich auf den großen Helfer Staat zu verlassen, verdient die Anerkennung und Unterstützung der Reichsregierung.

Der Reichstagsler fand für seine Rede, die den Eindruck tiefen Willens erweckte, heißen Beifall.

Freie Bahn — wozu?

Schicksale von Arbeiter-Abiturienten

Der Deutsche Hochschulverband hat in öffentlichen Rundgebungen gegen die Überlieferung der Hochschulisten und gegen die ungenügende, unbedingungslose Einlösung des Berechtigungsanspruches Stellung nehmen müssen. Auch der Hochschulverband legt Wert darauf, daß „mehrfach Hochschulisten und Hochschulisten aus allen Schichten des Volkes der Zugang zur Hochschule ermöglicht wird“, was um so wichtiger ist, „als in nächster Zukunft nur ganz hervorragende Kräfte Aussicht haben, in freiberuflichen Stellen der akademischen Arbeit einzutreten, während anderen Absolventen der Hochschule die Arbeit in Betrieben zugewiesen werden muß, die ein akademisches Studium nicht erfordern.“ Und darum verlangt der Hochschulverband, daß der Arbeit der nicht akademischen Berufe wieder in viel höherem Maße anerkannt werde.

Diese Forderung entspricht in allen Punkten in durchaus den Tatsachen, daß kein Berufstätiger für irgendeine unakademische Tendenz unterliegen könnte. Wie aber heißt es in der Praxis mit der Auswahl der „Hochschulisten und Hochschulisten“, und welche Evidenzen oder auch nur Möglichkeiten bestehen für sie, daß die „freie Bahn“, die ihnen winkt, nicht zu einer leidvollen Gastgeige wird?

Am drei auch durch ihre geographische Lage bestimmten Orten sind solche Arbeiter-Abiturientenvereine eingerichtet: Berlin (Schulz), Hamburg und Frankfurt a. M. Demnach sollen diese Vereine auch in der Zukunft abgelehnt werden. Die Hochschulisten sind in der Hauptsache von den politischen Arbeiterparteien, zum größten Teil von den Sozialdemokraten, zum Teil von den Kommunisten gestellt. Vorbehaltlich der Aufnahme ist, daß die Anwärter keine andere Vorbildung als die der Volkshochschule haben dürfen — eine Bestimmung, die schon dadurch sinnlos wird, als es niemandem benommen ist, sich durch Selbststudium jedes erlernbare höhere Wissen anzueignen. Freier muß jeder Bewerber sein, der sich in der letzten Prüfung hinter sich haben. (Das Alter der Anwärter soll nicht unter 18 und nicht über 30 Jahre sein; der Durchschnitt ist 25 bis 26 Jahre.) Mit der Empfehlung der Partei werden sich die jungen Arbeiter zu der Aufnahmeprüfung. Da die Parteien durch persönliche Verbindungen einen gewissen Einfluß ausüben können, bleibt die Entscheidung über den Wert der Leistungen demnach nicht immer unvoreingenommen. Doch wird schon bei der Aufnahme in weit mehr, daß die Entscheidung der Aufnahmeprüfung einigermassen ausfallslos erfolgt.

Die Aufgenommenen erhalten eine dreijährige Gymnasialausbildung, an deren Ende die Reifeprüfung steht. Es gehört zu missermaßen zu den ungeliebtesten Umständen der Einrichtung, daß die Abiturienten die Prüfung alle bestehen, im schlimmsten Falle wird zu Weidmachten noch einmal gefordert, aber meist auch dann keine mehr zugelassen. Mit dem Reifezeugnis steht den Arbeiter-Abiturienten wie jedem anderen Abiturienten der Weg zu allen Hochschulen offen.

Doch zunächst einmal, wann leben viele Arbeiter-Gemeinschaften während der Vorbereitungsjahre? Es besteht die ein Fonds, zu dem Reich, Länder und Gemeinden beizutragen für den Unterhalt der Arbeiterhochschulen. Diese erhalten im ersten Jahr allerdings keinen eigentlichen Unterhaltzuschuß, sondern werden mit Arbeitern, aber nicht mit Facharbeitern, beschäftigt, mit einer Art Hilfsdienst für die Schule, wie Fensterputzer und dgl. mehr. Für diese Arbeiten betalen sie bisher eine monatliche Entlohnung von 100 bis 120 Mark. Im zweiten Jahr wird ihnen dann, ohne daß sie irgendwelche Hilfsarbeiten zu leisten brauchen, ein Zuschuß von monatlich 100 Mark, bei Überschreitung von ihrem Quartier 80 Mark, gezahlt. Erst im letzten Halbjahr bekommen sie 120 bis 100 Mark. Jedoch ist die Höhe dieses Zuschusses in letzter Zeit ziemlich überaus gewachsen, so daß jetzt einmal sogar nur 60 Mark für den Monat gezahlt werden können. Zudem gehen infolge der wirtschaftlichen Lage die Zuschußgebühren überhöht nicht mehr regelmäßig ein, so können oft nur mit dem größten Schwierigkeiten bezahlt werden.

Er aber die Unterhaltsgelder schon für die völlig mittellose Arbeiter-Gemeinschaften allmählich zum fast unübersehbaren Problem geworden, so wird es nunmehr, da der Abiturient die Hochschule bestehen soll, zu einem ebenso großen Fragezeichen. Denn für die Arbeiter-Hochschulisten liegt keine Geldquelle, und wäre sie nicht zu beschaffen. Niemand kümmert sich um ihren Unterhalt, und wenn sie nicht zufällig einen Vater gefunden haben, müssen sie verhungern, bis auf irgendeine Weise durchzustreichen, oder das Studium aufgeben. Was in den allermeisten Fällen auch den einzigen Ausweg ist.

Denn die mit den Arbeiter-Abiturienten bisher gemachten Hochschulforderungen können den Hochschulisten unter ihnen nicht grade zum Nutzen dienen. Es muß lieber festgestellt werden, daß von allen diesen Arbeiter-Abiturienten nur ein einziger ein Staats-

Reichstagspause bis Spätherbst

Wenn der Etat verabschiedet ist

Die durch den Parteitag B ausgelassen Verhandlungen über die finanzielle Lage, für die die von Sozialdemokraten eine Erhöhung des Zuschusses zur Einkommensteuer der Einkommen über 20 000 Mark beantragt wurde, sind noch nicht zum Abschluß gebracht worden. Mit der Entmietenklausel haben sich die Mittelparlamentarier einverstanden erklärt, aber deren Ertrag wird jetzt für die Aufstellung verwendet werden, für die der Reichstag drei Millionen bewilligt hat. Gegen die Erhöhung der Zuschüsse liegt Widerspruch geltend, am wichtigsten beim Zentrum, eine Entscheidung ist erst in der kommenden Woche, nur der dritten Sitzung zu erwarten. Es dahin wird auch Klarheit darüber gewonnen sein, wie sich der Reichstag verhalten wird, wenn die Mehrheit des Reichstages die Zuschüsse beschließen hat. Gegen das Defizitentscheidungsamt und die Verweigerung des Protokolls hat der Reichstag, wenn weit, Einspruch erhoben. Die Zweidrittelmehrheit, mit der über diesen Einspruch hinweggegangen werden könnte, ist im Reichstag nicht vorhanden.

Der Reichstag will heute den Eintrag des Reichspostministeriums erlassen, am Donnerstag die Beratung des Wehrrechts beginnen. Die Sozialdemokraten werden ebenso wie im Haushaltsausschuß Entschaltung über, wenn die Baureise für den Parteitag B zur Abstimmung gestellt wird. Dadurch ist die Annahme gesichert.

Regierung und Parteien erörtern bereits die Frage, auf wie lange Zeit der Reichstag sich selbst auflösen soll, wenn der Etat für 1931 Ende März verabschiedet sein wird. Die Regierung schlägt Parlamentsferien bis Ende Oktober oder Anfang November vor. Einzelne Fraktionen wollen die Möglichkeit offen lassen, daß der Reichstag sich zu einem früheren Zeitpunkt auflöst, wenn er nicht vorherbeabsichtigt hätte es mindestens machen wollen. Der Gegenwärtige läuft also darauf hinaus, daß dem Präsidenten des Reichstages anheimgestellt wird,

den nächsten Sitzungstag zu bestimmen. In diesem Falle muß aber nach Artikel 24 der Verfassung der Präsident den Reichstag einberufen, wenn mindestens ein Drittel der Reichstagsmitglieder es verlangt.

Fünfmächte-Konferenz Donnerstag

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 17. MÄRZ

Am kommenden Donnerstag treffen in London die Flottenchefvertränker der fünf Großmächte und ihrer höchsten Vorgesetzten zusammen, um zu beraten, in welcher Form das Rüstungsabkommen zwischen Frankreich und Italien in den bestehenden Londoner Dreimächtepakt eingebaut werden könnte. Die ursprüngliche Absicht, an Stelle des bisherigen Dreimächtepakts einen Fünfmächtepakt abzuschließen, ist aufgegeben worden, weil dieser Pakt einer neuerlichen Ratifizierung durch die fünf Parlamente bedürftig und der amerikanischen Senat, der für auswärtige Angelegenheiten zuständig ist, erst in sechs bis acht Monaten fertig werden muß also einen anderen Ablauf finden müssen, um die bestehende Absicht des Rom-Paris-Abkommens in den Londoner Flottenpakt einbauen, durchführen zu können.

Senator Dwight Morrow, einer der amerikanischen Vertreter auf der Londoner Flottenkonferenz und amerikanischer Botschafter in Mexiko, hat bereits heute in London ein und hatte zusammen mit dem amerikanischen Flottenchef in London, General Dumas, eine längere Unterredung mit Vizeminister Gendebien und Marineminister Alexander als Vorbereitung für am Donnerstag stattfindenden Konferenz.